

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postkonto: Gedr. Knobloch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altkreis

Abonnementspreis einschließlich Postgebühren monatlich 2,00.— M., durch die Post bezogen monatlich 2,00.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 65.— M., Einzelnummer 50.— M., Sonntagsnummer 100.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Normalzeile 200.— M., auswärts 250.— M., die 4spaltige Normalzeile 300.— M., auswärts 400.— M., Ausland 1000 u. 5000 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietzeilen 40 Proz. Rabatt. Für Briefwerbung 60 M.

Nr. 34

Dresden, Freitag den 9. Februar 1923

34. Jahrg.

Wozu? — Wohin?

Die Hungerblockade ist dem deutschen Volk vom Kriege her in schmerzlicher Erinnerung. Das deutsche Volk kennt sie; sie gehört zu den raffiniertesten Kriegsmitteln unserer herrlichen „Kulturwelt“. Binnen kurzem wird sie ihre furchtbare Wirkung auch im Ruhrgebiet ausüben. Poincarés Truppen haben die Einschränkung vollendet. Die Lebensmittelversorgung wird also künftig durch die Hand eines landfremden Militarismus gehen...

Nach dem Tone der bürgerlichen Presse zu urteilen, ist man sich in manchen bürgerlichen Kreisen des Hinterlandes wohl nicht ganz klar, welche furchtbare Verschärfung des Kampfes das alles bedeuten muß. Ein offizieller Pressedienst belügt sich und die Anderen, wie überhaupt die verschiedensten Erscheinungen der Kriegszelt wieder auf der Wildschärze erschienen sind: Lügennachrichten, die Agitation der nationalsozialistischen Draufloschmäherei und vor allem der Heimkriegler, der im geschützten Pfähel sitzt, auf den Tisch schlägt und die Augen rollt: „Der Bande werden wir's beweisen!“ Die deutschnationale Presse sieht mit der Feder 1813. Nichts ist in der gegenwärtigen Situation schief, nichts verleiht heute zu dümmern Schläffen als geschichtliche Vergleiche. Will man sie wagen, so muß festgestellt werden, daß Deutschland das 1813 des zwanzigsten Jahrhunderts bereits hinter sich hat. Es war die Zeit des Weltkrieges, es war der Versuch, sich aus der Umklammerung einer Welt von Gegnern zu befreien. In diesem Weltkriege wurde die Kraft des deutschen Volkes ausgepumpt, wie nie vorher, in blutigen Auseinandersetzungen. Die Anstrengungen schälerten an der politischen Zurückgebliebenheit des wilhelminischen Militarismus, zerplitterten an der Dummheit der Ludendorff- und Konfessionen! Waren damals die mobil gemachten Kräfte des Volkes sinnvoll verwendet und auf ein Ziel eingestrichelt worden, das des Schweißes wert gewesen wäre, nämlich den Verständigungsfrieden — so könnten wir heute die europäische Völkerverführung haben.

Wenn Spießbürger und Mordspatzen jedoch durchaus ihr „1813“ spielen wollen, so sollen sie in der Opferwilligkeit, die das hervorragendste Kennzeichen jener Zeit war, nicht gehindert werden. Doch wer von den besitzenden Schichten gibt heute — bildlich gesprochen — Gold für Eisen? Wer von den Agrariern hilft Schleichhandel und Wucher dadurch zu befeuern, daß er dem Volke die Früchte des Feldes mit einem Minimum von Gewinn liefert? Wer von unsern Kapitalisten, wer von dem ganzen Heer der Pracherer, Schacherer, Schieber und sonstigen Warenvertreuer verzichtet auf die „zeitlichen Aufschläge“? Karl Marx' Wort behält auch in dieser Zeit recht: Die Weltanschauung wiederholt sich nicht, höchstens einmal als Tragödie und das anderemal als Komödie.

Darum darf die Tatsache nicht aus dem Auge gelassen werden, daß das Ziel des gegenwärtigen Ringens im Ruhrgebiet vernünftiger geführte Verhandlungen sein müssen. Ob die psychologische Einstellung der französischen Machthaber dafür bereits reif ist, kann der Beobachter von hier aus schwer beurteilen. Aber für eine verantwortungsbewusste Regierung dürften Erwägungen in dieser Richtung nicht schwer sein. Poincaré hat längst in der französischen Kammer erklärt, er sei zu Verhandlungen bereit. Warum also soll die deutsche Regierung nicht antworten: „Wir ebenfalls!“ In der Morgenausgabe des Berliner Tageblattes vom Donnerstag fordert auch Prinz Max von Baden, der schon einmal 1918 in einer kritischen Situation mit diskutierten Gedanken auf den politischen Plan trat, daß man die agitatorische Phrase der französischen Machthaber, Deutschland sei nicht zur Verständigung bereit, im voraus zerfahre. Er schreibt:

So darf sich die Regierung heute nicht von der berechtigten Empörung fortreißen lassen, und erklären: Der Versailler Friede ist gebrochen. Wir sind alle seiner Hesse ledig. Das hieße das solidarische Interesse derer wahrrufen, die am Versailler Frieden Anteil haben. Diese Regierung ist heute stark genug, um zu erklären: Der Versailler Vertrag ist gebrochen. Wir sind moralisch nicht mehr gebunden. Aber wir sind bereit, um des Friedens willen, das letzte und schwerste Opfer zu bringen und erklären: Wenn Frankreich in die Grenzen des Versailler Friedens zurückkehrt, und das Ruhrgebiet räumt, so wollen wir die Reparationsleistungen wieder aufnehmen, so weit wir dazu die Kraft haben. Aber es darf nicht mehr Frankreich sein, das unsere Leistungen abschätzen läßt. Wir sollten den Schiedsgerichtsgedanken zu unserer Hilfe rufen, der tief in den angelsächsischen Völkern verankert ist. Möge und Amerika ein unparteiisches Schiedsgericht vorschlagen, das festsetzen soll, was wir zahlen können, das einen Plan aufstellt, wie wir es zahlen können. Und wir können und im voraus binden, den Spruch anzunehmen. Lehnt Frankreich diesen Vorschlag ab, so ist es wahrhaft vereint.

Was hier vorgeschlagen wird, ist eine Erklärung, die

die deutsche Regierung nicht aus dem Wege gehen darf. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die im Kampfe gegen den wild gewordenen französischen Militarismus in vorderster Linie steht, weiß, um was es geht: um die Einheit Deutschlands, um das Selbstbestimmungsrecht der Nation, um die Republik und ihre Entwicklung zum sozialistischen Volksstaat, um Ansehen und Selbstachtung der internationalen sozialistischen Arbeiterschaft. Wir sind darum durchaus nicht für eine Verständigung um jeden Preis. Aber ausgesprochen muß auch werden, daß wir eine Erfüllungspolitik in den Grenzen des Möglichen für unabweisbar und darum nötig halten. Dazu muß sich Deutschland, will es die Leiden der Bevölkerung im Ruhrgebiet wie im übrigen Deutschland nicht durch eigene Schuld verlängern, entschieden bekennen. Nur so ist eine Verständigung unter Mithilfe anderer Mächte denkbar; nur so kann in Frankreich jere Volksstimme an Widerstandskraft gewinnen, die den gegenwärtigen Kampf für beide Teile als schädlich erachtet.

Denn dumm und schädlich ist es tatsächlich für die Völker beiderseits wie jenseits des Rheines. Weder wir, noch die Franzosen können dabei etwas gewinnen. Die europäische Not muß sich im progressiven Verhältnis zur Dauer des Kampfes steigern und chaotisch verschärfen. Poincaré und die Selnen müssen wissen, daß sie sich zwar in militärisch im Ruhrgebiet durchsetzen, daß sie sich vielleicht auch auf absehbare Zeit behaupten können, daß aber der passive Widerstand der gesamten werktätigen Ruhrbevölkerung nie erlöschen wird. Das Fazit, sollte man meinen, müßte heute auch für den verbohresten Militaristen auf der Hand liegen. Es lautet: Verhandlungen und Verständigung in den Grenzen des Möglichen!

Nationalistischer Spuk

Stettin, 8. Februar. Hier traf am Mittwoch mittels Sonderzug, bestehend aus 14 Personenwagen und einem Gepäckwagen, ein Trupp Abenteurer in Stärke von 335 Mann ein. Sie waren militärisch organisiert kompanieweise eingeteilt, die Führer waren bewaffnet. Der Beförderungszweck, der in Stettin (N.-M.) ausgeteilt war, lautete auf 430 Kinder über zehn Jahre. Aufnahme zu Stunden. Die Verwaltung der Reichsbahn hielt es nicht für nötig, den Behörden von der Ankunft dieses Transportes Mitteilung zu machen. Vom

Der Kampf gegen den Wucher

Von der Verbraucher-Kammer wird uns geschrieben:

Seit Monaten schon rast eine Teuerungswelle über die andre über unser Land hinweg und treibt und unaufhaltbar der vollständigen Zerrüttung unserer Wirtschaftsverhältnisse entgegen. Insbesondere die durch die Ruhrbesetzung hervorgerufene hat nun eine ungeheure Erhöhung gebracht, die zunächst in den Großhandelspreisen und seit einigen Tagen fühlbar auch schon im Kleinhandel zum Ausdruck kommt. Sie wird sich indessen erst in den nächsten Tagen und Wochen voll auswirken. Dadurch werden große Teile der Bevölkerung gezwungen, ihre fortwährend schon in den letzten Jahren stark zurückgegangene Bedarfsdeckung noch erheblich mehr zurückzubringen. Wenige nur werden noch imstande sein, ihre Lebensbedürfnisse auch nur einigermaßen zu befriedigen und sehr viele, insbesondere die, die unter Arbeitsbeschränkungen oder gar Arbeitslosigkeit leiden, sowie die große Zahl der Klein- und Sozialrentner werden und müssen unter der Wirkung der Verteuerung zusammenbrechen, wenn nicht energische Abwehrmaßnahmen getroffen werden. Der Devisenhandel in den letzten Wochen hat ungeheure Gewinne erbracht, der wiederum auf die lebenswichtigen Produkte einwirkt. Auch der Großhandel hat dabei im reichlichen Maße die preissteigende Tendenz ausgenutzt und sein Schloßchen ins Trockene gebracht. Auch die Landwirtschaft, die zwar immer bezeugt, volkshaltend zu wirken, hat, wie aus den Preisbildungen der landwirtschaftlichen Produkte ersichtlich ist, ein der Teuerung angelehnendes Tempo beibehalten, ohne danach zu fragen, ob es nach den Verhältnissen möglich sein wird, für sich und ihre Kinder die zur Erhaltung der Volksgesundheit notwendige Milch und die sonstigen dringlichsten Nahrungsmittel erwerben zu können. Die Notlage der Armen, die sich durch die Entwicklung der überaus traurigen Verhältnisse weder genügend sättigen noch heiden können, wird noch dadurch sehr bedeutend verschärft, daß sie an den Ausgaben in den Schaufenspielen sparen müssen, daß es an Nahrungsmitteln nicht mangelt, daß von allen, selbst den seltensten Delikatessen genügend vorhanden ist. Wer das Geld dazu hat, all die Dinge zu erwerben, leidet heute keine Not. Der Gegensatz zwischen heute und der Kriegszeit ist zu groß und wirkt stark aufreizend auf die mittlere Klasse ein. Damals mußte jeder Mann, daß die Entbehrungen in der Quersache durch die Knappheit hervorgerufen waren. In jener Zeit littten bis auf Ausnahmen alle Klassen, heute indessen muß der Kollektive suchen, wie diejenigen, die über Nebenvermögen verfügen oder Risikogewinne einheimen, in Wohlleben und Luxus schwelgen.

Die Verbraucher-Kammer für den Freistaat Sachsen hat sich nun in ihrer letzten Vorstandssitzung mit den Teuerungsvorbäl-

triebsrat wurde das Polizeipräsidium benachrichtigt. Eine halbe Hundertschaft nahm die Abenteurer in Empfang. Der Zug wurde von mehreren Kriminalbeamten durchsucht. Es stellte sich heraus, daß es sich um eine Abteilung der berüchtigten Nationalsozialisten handelte. Die Führer wurden auf dem Polizeipräsidium vernommen und gaben an, daß der Trupp nach Ostpreußen unterwegs sei, um angeblich von dort aus eine kriegerische Bewegung gegen Frankreich einzuleiten. 30 000 Mann seien auf drei verschiedenen Meerestrafen zu demselben Zweck mobil gemacht. Während des Aufenthaltes auf dem hiesigen Hauptgüterbahnhof stellten die Herrschaften ein Ultimatum, die Führer bis 3 Uhr zu entlassen. Nach einem Sprungsignal formierten sie sich militärisch vor dem Zuge und räumten ein Hurra-Gebrüll an. Als darauf der anwesende Polizeioffizier energische Maßregeln androhte, lehnten sie die Wagenabteile. Die polizeiliche Ermittlungen weiter ergaben, handelt es sich um jene Leute, die bereits seit einigen Wochen im Lande umherzogen und in Berlin vom Reichswehrministerium Einstellung in die Reichswehr verlangten. Am verflochtenen Zuge wurden sie unter polizeilicher Bewachung nach dem Münchener Lager abgehoben. In Tafelwahl verurteilten sie den Zug zu verlassen, so daß von dort und von Anklam polizeiliche Verhaftung herangeholt werden mußte.

Hitlers Freunde

Vor einigen Tagen teilten wir mit, daß der unter dem bringenden Verdacht des Landesverrats stehende nationalsozialistische Sturmtruppführer Wiede verhaftet worden ist. Dieser „nationale“ Held hat sich bekanntlich als französischer Spion belügt und mit den so verdienten Kranken einen Hölzerlichen Sturmtrupp zur Niederzwingung alles „Undeutschen“ und der „November-Verbrecher“ gegründet. Wie sehr gerade Wiede dazu berufen war, für diesen Kampf zu rufen, zeigt seine Vergangenheit. Der Mann ist geborener Deutscher, wanderte in Friedenszeiten nach Argentinien aus, belügte sich dort als Journalist und arbeitete während des Krieges als Entente-Agent im Solde der englischen Gesandtschaft in Argentinien. Nach Friedensschluss kam er nach Danzig, wo er kurze Zeit als Redakteur tätig war. Als seine argentinische Vergangenheit bekannt wurde, gab er diese Stellung auf und gründete mit Unterstützung rechtsradikaler Kreise eine nationalsozialistische Wochenzeitschrift. Schließlich wurde bekannt, daß er im Auftrage Frankreichs und Bolens als Agent provocateur tätig war. Jetzt wurde ihm der Boden in Danzig abgegraben, er zog nach Berlin und landete endlich bei Hitler, wo „das reinste und edelste Deutschland“ gesichtet wird.

Ein anderer nationalsozialistischer Führertrupp aus dem Bager wurde dieser Tage in München wegen wibernationalistischer Unthat zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Auch hier handelt es sich um einen Sturmtruppführer, einen gewissen Franz Kirchner, der sich nicht schämte, die Notlage eines obdachlosen jungen Menschen skamlos auszunutzen. In der Verhandlung wurde übrigens festgestellt, daß Kirchner, der früher der Eisernen Division der Brigade Ehrhardt als Nachschubchef angehört hatte, im letzten Jahre schon wegen Diebstahls bestraft worden ist.

nissen eingehend befaßt und fordert von der sächsischen Regierung, daß sie unverzüglich an die Reichsregierung herantritt, damit weit stärkere Maßnahmen gegen den Wucher ergriffen werden, denn zweifellos steht fest, daß sich die wucherischen Bestrebungen auf allen Gebieten nach den bestehenden Gesetzen nicht vermindern, sondern noch vermehren. Die Verbraucher-Kammer fordert weiter, daß in Zukunft gegen bezerrigte Vergehen keinerlei Geldstrafen, sondern ausschließlich nur Freiheitsstrafen verhängt werden. Sie ist der Meinung, daß mit der Verhängung von Geldstrafen der gewollte Zweck nicht erreicht wird. Geldstrafen scheitern fast vollständig, da die Elemente nicht mehr ab. Vor allen Dingen muß aber die Regierung dahin wirken, daß bei der steigenden Preistendenz wenigstens die Preisbildung auf der gegenwärtigen Basis erhalten bleibt. Es muß im Interesse des Staates liegen, die gesamte Bevölkerung arbeits- und erwerbsfähig zu erhalten.

Die Absperrung

Osn, 8. Februar. Nach verschiedenen Meldungen hat eine neue Taktik der Franzosen eingesetzt. Während bisher die Franzosen nur die Peripherie des Ruhrgebietes besetzt hatten, gehen sie jetzt daran, durch einen Ringel das Ruhrgebiet in zwei Teile zu zerhacken. Heute früh rückten sich große Truppenmassen vom Bahnhof Neudorfhausen-Eib aus in Bewegung und besetzten zunächst das Stollwerk Ostau. Kurze Zeit nachher marschierte die Spitze der Truppen nach dem Wodwerk Unser Fried. Eine andre Truppe besetzte den Block Julia und eine dritte Truppe wurde direkt auf Wanne und Gelsenkirchen eingesetzt. Damit ist nun der wichtigste Kreuzungspunkt im ganzen Ruhrgebiet von den Franzosen besetzt worden. Sie haben überall die deutschen Eisenbahnbeamten aus den Stellwerken und Schloßhöfen verjagt. Im Süden des Bezirks wurde gestern der Eisenbahnnotenzpunkt Straß von den Franzosen besetzt. Es ist jetzt nur noch eine einzige Strecke frei, auf der man von Weiden aus das unbesetzte Gebiet erreichen kann, und zwar die Linie Eissen-Wattenfeld-Wodum. Man muß aber erwarten, daß der neue Vormarsch der Franzosen weder in Gelsenkirchen noch in Wanne Halt machen wird, sondern daß auch diese Linie binnen kurzem abgeriegelt wird. Damit wäre die Absperrung Osnens vom unbesetzten Gebiet vollkommen. Es wäre ein Trennungsfeld mitten durch das Ruhrgebiet von Norden nach Süden gezogen, und es wäre dann nicht mehr möglich, den Bezirk Osnen mit Lebensmitteln zu versorgen, die aus dem unbesetzten Deutschland herankommen. Die Franzosen scheinen es vor allem auf eine Sperrung des Verkehrs von und nach den sächsischen Gruben abgesehen zu haben.